

Antrag I12: ZEITENWENDE GESTALTEN - eine jungsozialistische Perspektive auf die Herausforderungen dieser Zeit

Antragsteller*in:	██████████ (SPD-Unterbezirk Frankfurt)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	I - Initiativanträge
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

- 1 Weiterleitung: Parteitag SPD Hessen-Süd, Parteitag SPD Hessen, SPD Bundesparteitag,
- 2 Landeskonferenz Jusos Hessen, Bundeskongress Jusos
- 3 Antragssteller*in: Bezirksvorstand der Jusos Hessen-Süd
- 4

5 Die Bezirkskonferenz der Jusos Hessen-Süd möge beschließen:

6

7 **Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik**

8 Der 24.02.2022 bedeutet durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine
9 eine Zeitenwende für die deutsche, europäische und weltweite Politik. Der
10 menschenverachtende Angriff auf einen souveränen Staat zeigt erneut, wie fragil die
11 europäische Friedensordnung, aber auch der Frieden weltweit ist. Die Bundesregierung
12 hat mit beispiellosen Maßnahmen auf diese nicht zu rechtfertigende Aggression
13 reagiert. Für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr wurde ein Sondervermögen in
14 Höhe von 100 Milliarden Euro aufgelegt. Deutschland liefert erstmal auch schwere
15 Waffen in ein Krisengebiet, was einer 180 Grad Wende der bisherigen
16 Verteidigungspolitik Deutschlands und den Prinzipien der SPD entspricht. Als
17 antimilitaristischer Verband fallen uns Entscheidungen wie die Lieferung von Waffen
18 in Krisen- & Kriegsgebiete nicht leicht. Eigene Prinzipien, bisherige politische
19 Denkweisen, Handlungen und vermeintliche Grundsätze heißt es immer kritisch zu
20 hinterfragen. Daher stellen wir fest: Die Ukraine hat das Recht auf
21 Selbstverteidigung. Sie wurde unverschuldet und verbrecherisch von einer Großmacht
22 überfallen, die die Uhren der Geschichte ohne Rücksicht auf Menschenleben
23 zurückschrauben möchte. Es ist ein blutiger Angriffskrieg, ein Verbrechen gegen die
24 Menschlichkeit mit dem Ziel, die europäische Friedensordnung dauerhaft zu zerstören.
25 Unsere Gedanken und Herzen sind bei den Geflüchteten und all jenen, die täglich um
26 ihr Leben fürchten und kämpfen. Kein Land und kein Autokrat dieser Welt kann und darf
27 damit durchkommen. Diese Politik kann und darf nicht erfolgreich sein. Deswegen ist
28 es unsere Pflicht, die Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung, auch mit schweren
29 Waffen, zu unterstützen!

30 Gleichzeitig stehen wir in unserer antimilitaristischen Tradition weiterhin zu
31 unserer Überzeugung, dass internationale Konflikte immer politischer und
32 diplomatischer Lösungen bedürfen und nicht militärisch gelöst werden können. Der

33 russische Angriffskrieg zeigt aber auch, dass die militärische Verteidigungs- und
34 Bündnisfähigkeit hierfür notwendige Voraussetzungen sind. Neben dieser
35 Verteidigungsfähigkeit und Bündnisfähigkeit und der diplomatischen Erreichung eines
36 gerechten Friedens muss unsere oberste Priorität die Verhinderung einer nuklearen
37 Eskalation sein, die Grundlage für jeglichen Frieden, jeglichen Fortschritt und das
38 Überleben der Menschheit ist.

39 Deswegen bekennen wir uns dazu, dass die Bundeswehr gut ausgestattet sein muss, um
40 ihrer Aufgabe, der Landesverteidigung, nachkommen zu können. Dabei steht für uns an
41 erster Stelle, eine gute Ausrüstung der Soldat*innen sicherzustellen. Dafür braucht
42 es eine ausreichende Finanzierung der Bundeswehr. Allerdings wird die
43 Verteidigungsfähigkeit und Resilienz eines Staates nicht allein durch seine
44 militärische Verteidigungsfähigkeit gewährleistet, sondern auch durch eine
45 funktionierende zivile Infrastruktur, durch ein funktionierendes Sozial- und
46 Bildungswesen und eine aufgeklärte Gesellschaft, die gegenüber Verschwörungsmythen
47 unempfänglich ist und eine funktionierende demokratische Debattenkultur pflegt.
48 Deswegen lehnen wir Änderungen des Grundgesetzes alleine für Aufrüstung ebenso ab,
49 wie eine Verankerung von NATO-Zielen in unserer Verfassung. Wir brauchen einen
50 umfassend handlungsfähigen Staat, der in allen Bereichen investieren kann. Einseitige
51 Konzentration auf Aufrüstung widerspricht unseren anti-militaristischen
52 Grundüberzeugungen.

53 Mehrausgaben auch für die Ausrüstung sind dennoch erforderlich, aber Geld alleine
54 löst die Probleme nicht. Wir fordern weiterhin eine Reform des Beschaffungswesens
55 sowie eine Demokratisierung der Streitkräfte. Außerdem sind wir tief besorgt über
56 rechte Tendenzen innerhalb der Bundeswehr, die nicht einfach verschwunden sind in den
57 letzten Monaten. Eine demokratische und funktionierende Armee muss konsequent gegen
58 jeglichen Verdacht des Extremismus vorgehen, darauf werden wir weiterhin drängen.

59 Perspektivisch setzen wir uns für eine Europäische Union ein, die ihre eigene
60 Verteidigungsfähigkeit selbst gewährleisten kann.

61 **Den sozialen Frieden sichern**

62 Die Regierung hat ein beispielloses Entlastungspaket für die Bürger*innen
63 beschlossen, um der Inflation und den dadurch gestiegenen Lebenshaltungskosten,
64 insbesondere der Energiekosten, entgegenzuwirken. Die bisherigen Initiativen zur
65 Abfederung der Kostenexplosion waren richtig, aber sie reichen nicht aus, um mittlere
66 und geringe Einkommen, Studierende, Auszubildende, Rentner*innen und Personen, die
67 auf Sozialleistungen angewiesen sind ausreichend vor den Auswirkungen der Preis
68 Explosionen zu schützen. Deshalb setzen wir uns für weitere Entlastungen, die
69 insbesondere die Gruppen der jungen Menschen und der Rentner*innen adressieren, denn
70 diese sind besonders armutsgefährdet und von den gegenwärtigen Preissteigerungen
71 besonders intensiv betroffen.

72 Die Einführung des Bürgergelds muss die Situation derjenigen in unserer Gesellschaft,
73 die auf Sozialleistungen angewiesen sind, substantiell verbessern. Neben der
74 Abschaffung der Sanktionen muss die Ampelkoalition deswegen substantiell die
75 Regelsätze der Sozialhilfe, Grundsicherung und der Leistungen nach

76 Asylbewerberleistungsgesetz erhöhen. Die Ungleichbehandlung von Asylbewerber*innen
77 und Sozialhilfeempfänger*innen lehnen wir ab, weswegen eine Angleichung der
78 Leistungen erfolgen muss.

79 Die Einführung des Mindestlohns in Höhe von 12€ leistet einen wesentlichen Beitrag
80 zur Armutsbekämpfung. Der Mindestlohn muss dabei auf alle Menschen anwendbar sein,
81 weswegen wir uns für eine Abschaffung der Ausnahmen für junge Menschen,
82 Langzeitarbeitslose und Zeitungsausträger*innen einsetzen. Ein menschenwürdiges Leben
83 darf keine Frage des sozialen Status sein.

84 Weiterhin ist es insbesondere in dieser Zeit wichtig, die Frage der
85 Vermögensumverteilung zu stellen und auch gegenüber der FDP durchzusetzen.

86 Es kann und es darf nicht sein, dass die SPD ihre gesamte Verteidigungspolitik, auf
87 die sich auch im Koalitionsvertrag geeinigt wurde, über den Haufen wirft und die
88 Koalitionspartner – insbesondere die Freien Demokraten - so tun, als sei nichts
89 geschehen. Die Verschuldung, die durch das Sondervermögen der Bundeswehr, die ohnehin
90 hohen Kosten der Corona-Pandemie sowie der neuen Entlastungspakete entstanden sind,
91 müssen fair verteilt werden. Denn es gibt sie, die Krisengewinner*innen, die riesige
92 Vermögen angehäuft haben. Konzerne, Großaktionäre aber auch Wohnungsspekulant*innen
93 haben sich auf Kosten der Allgemeinheit eine goldene Nase verdient. Die Ungleichheit
94 ist auf ein Rekordniveau gestiegen. Doch in einer solidarischen Gesellschaft muss
95 jede*r einen fairen Beitrag leisten, bisher ist dies nicht der Fall.

96 Dafür müssen wir in dieser Legislaturperiode eine Wiedereinführung der
97 Vermögenssteuer und eine tiefgehende Reform der Erbschaftssteuer erreichen. Außerdem
98 braucht es weitere Entlastungen von geringen und mittleren Einkommen, die durch eine
99 einmalige Vermögensabgabe von „Superreichen“ und eine Erhöhung des
100 Spitzensteuersatzes zu finanzieren sind.

101 Die Kosten des Krieges und die notwendigen Entlastungen für kleine und mittlere
102 Einkommen, müssen von den stärksten Schultern der Gesellschaft getragen werden, die
103 in den letzten Jahren überproportional am hohen Wirtschaftswachstum profitiert haben.

104 **Transformation gibt es nicht umsonst!**

105

106 Die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass der
107 Staat auch kurzfristige handlungsfähig ist. Die Corona-Unterstützungspakete und
108 Entlastungsmaßnahmen als Reaktion auf den Ukraine-Krieg waren nur möglich durch das
109 Aussetzen der Schuldenbremse. Diese Handlungsfähigkeit muss auch in den nächsten
110 Jahren erhalten bleiben. Gerade für die junge Generation ist es entscheidend, dass
111 die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft vorangetrieben wird, u.a.
112 dafür braucht es Milliardeninvestitionen durch den Staat, diese werden nur möglich
113 sein, wenn wir uns endlich von den Fesseln der Schuldenbremse befreien.

114

115 Wenn wir verhindern wollen, dass es in weiten Teilen unserer Gesellschaft zu einer
116 Deindustrialisierung kommt, die Millionen Arbeitsplätze kosten würde, müssen wir
117 gezielt in den Umbau unserer industriellen Fertigung hin zu einer CO2-neutralen

118 Produktion investieren. Dafür ist der Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung ebenso
119 wie der Aufbau einer Infrastruktur für grünen Wasserstoff und weiteren
120 Speichertechnologien eine notwendige Voraussetzung. Damit gelingt uns einerseits die
121 dezentrale Energiewende, andererseits sichern wir unsere energiepolitische
122 Unabhängigkeit auch von autoritären Staaten wie Russland, Katar oder Saudi Arabien.
123 Der Ukraine-Krieg hat deutlich gezeigt, dass die Ambitionen, der Bundesregierung im
124 Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien in den letzten Jahren deutlich zu
125 schwach waren. Wir begrüßen die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage, jedoch reicht
126 diese nicht aus, wenn Planungsverfahren nicht endlich beschleunigt und Regularien für
127 den Ausbau Erneuerbaren Energien, dahingehend verändert werden, dass der Ausbau
128 deutlich erleichtert und dadurch beschleunigt wird.

129

130 Wir werden strategisch Industriecluster insbesondere in strukturschwachen Regionen,
131 um unsere Abhängigkeit etwa von Ländern wie China bei der Halbleiterproduktion ebenso
132 von der chemischen Grundstoffindustrie zu senken.

133

134 Dies ist von hoher Bedeutung für die Sicherung des Industriestandortes Hessen. Die
135 Arbeitsplätze insbesondere in der chemischen, pharmazeutischen und Automobilindustrie
136 zu erhalten, ist unser erklärtes politisches Ziel für das wir uns gemeinsam mit den
137 Gewerkschaften einsetzen.

138

139 Die SPD ist die Partei der Arbeit. Wir sehen es als Aufgabe eines handlungsfähigen
140 Staates, diese Transformation politisch zu steuern und damit Arbeitsplätze
141 flächendeckend zu sichern.

142

143